PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr.39 1.Juli 1965 Einzelpreis S 3,-

ACHTUNG VOR DEN MISSIONÄREN !

ZUR ÖSTERREICHISCHEN AUSSENPOLITIK

"In der österreichischen Außenpolitik zeigen sich Regungen, die Aufmerksamkeit verdienen", wird in einer der trügerischen Offenbarungen der Monatsschrift des österreichischen Revisionismus verkündet ("Weg und Ziel",Nr.3/65, S.207). Alles, was wahr ist: sie zeigen sich, die Regungen, und sie verdienen Aufmerksamkeit. Denn in diesem "WuZ"-Artikel "registrieren" die Revisionisten der KPÖ zustimmend die Verkündung der "aktiven Ostpolitik" Österreichs durch Bundeskanzler Dr. Klaus vor dem Straßburger Europarat am 26.Jänner 1965. Klaus hat darin den Mächtigen des imperialistischen EWG-Blocks die Ansprüche der österreichischen Großkapitalisten auf eine "Sonderbehandlung" bei einem "Arrangement" Österreichs mit dem "Gemeinsamen Markt" dadurch schmackhaft zu machen versucht, daß er auf die "Bedeutung" der "Bindungen" der österreichischen Bourgeoisie "zum osteuropäischen Raum" hinwies. Damit rannte Klaus bei der EWG offene Türen ein. Denn in Brüssel "wird auf Wiens Bindungen zu Ostblockländern besondere Rücksicht genommen. Das...Sonderverhältnis Wiens zu seinen Nachbarn..soll zum Wohle der ganzen Gemeinschaft genutzt werden. Rein wirtschaftlich gesehen, könnte Wien zur Drehscheibe für den Handel zwischen den EWG-Ländern und den Ostblockstaaten, politisch zum Brückenkopf der Gemeinschaft werden", meldet der Korrespondent der "Presse" (27.4.1965) aus der Metropole der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft".

"Brückenkopf" Österreich

Worum geht es dabei den westeuropäischen Imperialisten? UM DIE AUFROLLUNG DES SOZIALISTISCHEN LAGERS IN EUROPA, um die Realisierung der geheimsten Wünsche des seligen John Foster Dulles, um die "Aufweichung" der osteuropäischen Volksdemokratien, ihre "friedliche" Rückverwandlung in kapitalistische Staaten und in Ausbeutungsobjekte der westlichen Monopole. Deshalb mißt nicht nur der "Außenminister" der EWG, Jean Rey, "Wien als dem

eventuellen Bindeglied zu Osteuropa" eine besondere "Wichtigkeit" für den Gemeinsamen Markt bei, sondern sind auch speziell die westdeutschen Revanchisten zu "politischen Sonderregelungen" zugunsten des österreichischen Großkapitals bereit, da dies "nicht nur handelspolitisch, sondern auch psychologisch gegenüber dem Osten wichtig ist" - das stellt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (24.12.64) fest, das Organ des westdeutschen Finanzkapitals, das nunmehr sehr ernsthaft mit Österreichs "Ausstrahlungskraft in den kommunistischen Donauraum und mit den im Zuge der 'Liberalisierung' in den Volksdemokratien größer werdenden außenpolitischen Chancen einer Brükkenstellung" Wiens gegenüber Osteuropa rechnet. Die Imperialisten "hoffen, wie Klaus sagte, auf Evolutionen in den osteuropäischen Ländern, die ihr 'Näherrücken an das größere Europa' (!) begünstigen", berichtet "Weg und Ziel" in dem eingangs zitierten Artikel und fügt in bezug auf diese konterrevolutionären Bestrebungen zur Herbeiführung einer "friedlichen Evolution" der sozialistischen Länder Europas in der Richtung auf die Restauration des Kapitalismus bezeichnenderweise hinzu: "Dagegen ist nichts einzuwenden."

Die Haupteinpeitscher dieser konterrevolutionären "aktiven Ostpolitik" des österreichischen Monopolkapitals sind natürlich - wie nicht anders zu erwarten - die amerikanischen Imperialisten. Anläßlich des 20. Jahrestages des Sieges über Hitlerdeutschland (ausgerechnet!) sagte Präsident Johnson:

"Wir müssen das langsame Abbröckeln des Eisernen Vorhangs beschleunigen. Dadurch, daß wir zwischen den osteuropäischen Staaten und dem Westen Brücken bauen, bringen wir den Tag näher, da Europa innerhalb seiner historischen Grenzen wiederhergestellt werden kann."

Daß gerade Österreich die wichtigste dieser "Brücken" (und, wie wir gesehen haben, eigentlich ein aggressiver "Brückenkopf"!) sein soll, wurde in einem speziellen Vortrag des USA-Botschafters in Wien vor der Salzburger Industriellenvereinigung am 16.2.1965 deutlich. Botschafter Riddleberger sagte in diesem Vortrag, in Washington sei man der Ansicht, daß die "historischen Beziehungen" mit Osteuropa "wiederhergestellt" werden müssen und daß Österreich dabei "eine bedeutende Rolle spielen" könne. Dabei muß betont werden, daß sich die seinerzeit von Dulles formulierten Pläne der US-Imperialisten zur "Aufrollung" der sozialistischen Länder Osteuropas durchaus nicht mit den Revanchebestrebungen der Bonner Militaristen und schon garnicht mit den gaullistischen Vorstellungen von einem "Europa bis zum Ural" völlig decken! Die Schlüsselrolle, die Österreich bei diesen abenteuerlichen Plänen, Absichten und Kombinationen zugedacht ist, bedeutet daher nicht nur, daß unser Land ausersehen ist, gleichsam die Rolle eines Sturmbocks in einem Krieg gegen die sozialistischen Länder Europas zu spielen, sondern auch, daß es Gefahr läuft, in eine militärische Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Mächtegruppierungen verwickelt zu werden!

DIE NÄCHSTE NUMMER DER "ROTEN FAHNE" ERSCHEINT AM 1.AUGUST 1965

In den Fusstapfen des Habsburg-Imperialismus

Es wäre aber falsch, in diesem Konzept der "aktiven Ostpolitik" Österreich lediglich als passiven Spielball in den Händen der imperialistischen Mächte zu sehen. Raab, der "als besonders profilierter Vertreter des österreichischen Bürgertums und seiner Klasseninteressen" - und dabei natürlich auch "als bewußter Klassengegner der revolutionären Arbeiterbewegung"! - der Meinung war, "daß die Interessen der österreichischen Bourgeoisie nicht unbedingte Unterordnung unter die Interessen des deutschen oder amerikanischen Monopolkapitals erforderten", und "ein durchaus selbstbewußtes bürgerliches Konzept" der österreichischen Monopolkapitalisten vertrat (was einer anderen trügerischen Offenbarung der Marekisten -"WuZ" Nr.4/65 - zufolge, der wir obige Charakteristik Raabs entnehmen, angeblich den "nationalen Interessen des österreichischen Volkes entsprach"), hatte bei Abschluß des Staatsvertrags als ersten Punkt seines großangelegten "Zehn-Punkte-Programms" verkündet (wir zitieren nach dem Gedächtnis): "Wir setzen dort an, wo wir 1918 stehengeblieben sind." Die österreichischen Großkapitalisten, die nichts weniger als arme Waserln sind, sondern heute ein Selbstbewußtsein haben wie noch nie, lechzen geradezu danach, sich wie Aasgeier auf die von den Revisionisten sturmreif gemachten sozialistischen Nachbarländer zu stürzen, um dort ihre seinerzeit unter den Fittichen des Doppeladlers gespielte Ausbeuterrolle in verstärktem Maße wiederaufzunehmen!

Das ist aber keineswegs nur die Politik der ÖVP als der Hauptpartei der österreichischen Bourgeoisie. Das ist die gemeinsame Politik der Regierungskoalition. Das ist die erklärte Politik der SPÖ, die jetzt von den Revisionisten als "Arbeiterpartei" herausgeputzt wird, der die Fürnberg, Marek etc. nun die KPÖ als willenloses und gefügiges Werkzeug unterzuordnen bestrebt sind.
Klaus hat sich in seinen Straßburger Ausführungen ausdrücklich auf die außenpolitische Konzeption von Außenminister Kreisky berufen. So wie die SPÖ-Führer schon seit Jahr und Tag betonen, die besten und aktivsten Antikommunisten zu sein, machen sie auch in bezug auf die "aktive Ostpolitik" geradezu Urheberrechte geltend. So etwa schrieb Friedrich Scheu in einem Leitartikel der "Arbeiter-Zeitung" am 7.4.1965:

"Inzwischen haben auch manche maßgebende Politiker der Österreichischen Volkspartei, die der Ostpolitik anfangs sehr reserviert gegenüberstanden, die Bedeutung der Beziehungen zu den Ostländern (!) entdeckt. Auch wenn die Erkenntnis spät gekommen ist, kann man das vom Standpunkt der gemeinsamen österreichischen Außenpolitik nur begrüßen." Und dieses Raufen der Koalitionspolitiker darum, wer das "westliche" Aufweichungsinteresse gegenüber dem Osten früher und besser wahrgenommen habe, werten die Revisionisten der KPÖ als Beweis für den Sieg ihrer Ideen, wovon - oh unglückseliger "Widerspruch" - das Volk allerdings keine Notiz genommen habe!

Schon zwei Wochen später fand es die "A.-Z." (Leitartikel vom 23.4.1965) in bezug auf die Stellung der SPÖ zu "Altösterreich" für "hoch an der Zeit, den Sachverhalt zu klären". Sie tat es in folgender Weise:

"Die Offiziere der alten österreichischen Armee Körner und Schärf haben die besten

österreichischen Traditionen verkörpert. Die Sozialisten mußten den Konservativen, die das Bekenntnis zu diesen Traditionen anscheinend nur auf den Lippen tragen, in Erinnerung rufen, daß wenigstens die Handelsbeziehungen zu den ehemaligen Ländern der Monarchie aufrechterhalten werden müssen, um die Chance zu wahren, diese Länder wieder an die Gemeinschaft der freien Völker heranzuführen."(!)

Und hat nicht der von der SPÖ abhängige "Europa-Verlag" soeben ein nachgelassenes Buch des führenden sozialchauvinistischen (ein Ausdruck Lenins) Verfechters des habsburgischen Völkerkerkers Karl Renner ("Die Nation: Mythos und Wirklichkeit") herausgebracht, in dem "der Rechtszustand in Alt-Österreich ein wahres Himmelreich" für die unterdrückten Nationalitäten der k.u.k. Monarchie genannt wird? Und hat nicht der SP-Vorsitzende, Vizekanzler Pittermann, in seinem Geleitwort zu diesem Buch mit besonderem Nachdruck behauptet, daß die Tschechen, Magyaren, Polen und Südslawen heute angeblich die Auflösung der Monarchie "bedauern" ? •

„Aktive Ostpolitik" – wirklich sehr aktiv

All das ist leider nicht nur Theorie! Die diplomatische Praxis der letzten Zeit beweist die gefährliche Aktualität all dieser Pläne zur Wiederherstellung des altösterreichischen Imperialismus und zur neuerlichen Versklavung der national und sozial befreiten Nachbarvölker Österreichs, jener wahnwitzigen Pläne, die erschreckend reale Gestalt gewinnen und den Frieden unseres Volkes aufs höchste bedrohen. Die Besuche Kreiskys in Budapest, Klaus' in Belgrad und des ungarischen Außenministers Peter in Wien sprechen davon Bände! Daß die imperialistischen Phantasien des österreichischen Großkapitals in Tito-Jugoslawien Nahrung fanden, kann natürlich nicht verwundern. Die Besuchsreise von Klaus nach Jugoslawien "wird in Belgrad als Bekräftigung einer 'aktiven Ostpolitik' und als Anerkennung der bahnbrechenden Rolle Jugoslawiens verstanden", schreibt die "Presse" (27./28.3.1965). Und Klaus selbst spricht in einem Interview mit diesem führenden Blatt der österreichischen Bourgeoisie von der "Österreich geographisch und geschichtlich zukommenden Rolle in Europa", vom "zivilisatorischen Beitrag Österreichs", von seiner "im besten Sinne integrierenden Funktion" und "großen Zukunftsaufgabe". Wobei Staatssekretär Bobleter hinzufügt, der "europäische Gedanke" habe "in Belgrad Fuß gefaßt".

Ähnliche Gespräche kündigte Kreisky für die Zukunft auch mit der

• Unter diejenigen, die dem Zerfall des habsburgischen Völkerkerkers im Jahre 1918 nachweinen, ist seit einiger Zeit auch das Zentralorgan der KPÖ, die "Volksstimme" gegangen. So schreibt zum Beispiel Leopold Grünwald am 24. April 1965 einen Artikel über die schädlichen Folgen des Deutschnationalismus, den man nicht anders als eine Wehklage über das Ende Österreich-Ungarns bezeichnen kann:

> ● Der Deutschnationalismus hat schon das alte Österreich-Ungarn zugrunde gerichtet. Das deutschnationale Programm von Linz lehnte die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat gleichberechtigter Völker ab und forderte die Schaffung einer künstlichen antidemokratischen deutschen Mehrheit in Österreich (durch Ausscheiden Galiziens aus dem Verband der Kronländer), die Einführung von Deutsch als Amtssprache für alle Völker. Das waren Forderungen, die man der slawischen Mehrheit der Länder Böhmen, Mähren, Schlesien, Krain usw. unmöglich zumuten konnte, wenn man Österreich nicht zerschlagen wollte. Die Deutschnationalen haben es auf dem Gewissen.
>
> •
>
> Das sind die geschichtlichen Tatsachen. Sie beweisen: Der Deutschnationalismus war seit eh und je das Unglück Österreichs.

Tschechoslowakei an, obwohl hier die bekannten "vermögensrechtlichen" Differenzen (die massenhaft in Österreich eingebürgerten tschechoslowakischen Kapitalisten deutscher Nationalität verlangen nämlich eine Entschädigung für die Vermögenswerte, die sie – ebenso wie die anderen Kapitalisten der Tschechoslowakei – durch die Sozialisierung verloren haben) vorderhand hinderlich im Wege stehen. Die den österreichischen Kapitalisten so willkommene Art der "Koexistenz", die auf eine Liquidierung des Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern und deren Unterjochung durch das "westliche", darunter österreichische, Kapital hinauslaufen, werde "früher oder später wohl auch in der Tschechoslowakei" Erfolg haben, meint die "Presse" (10./11.4.1965), und betont, man müsse nur "Geduld" und "langen Atem" haben. Auch das Blatt des Koalitionspartners stellt fest:

> "In diesen Dingen gilt der Grundsatz: Steter Tropfen höhlt den Stein... Wien und Prag, Böhmen und Österreich gehören zusammen. Im Mittelalter heirateten österreichische Markgrafen aus dem Haus der Babenberger böhmische Prinzessinnen aus dem Haus der Przemysliden, und die böhmischen Herzoge heirateten dafür österreichische Prinzessinnen aus dem Haus der Babenberger. Vor fünfzig Jahren holten sich unsere Väter aus Brünn die 'echten Wienerinnen'. So hätte es bleiben sollen." ("Arbeiter-Zeitung" vom 27.9.1964).

Klar? Was will man noch mehr?

Die "aktive Ostpolitik" der österreichischen Regierung bezieht sich aber zunächst vor allem auf die Ungarische Volksrepublik. Besorgniserregend ist dabei die Haltung der ungarischen Revisionisten selbst. Zum Ergebnis der Ungarn-Reise Kreiskys im Herbst vorigen Jahres stellte die "Presse" fest, "man" könne "ohne übertriebenen Optimismus von einem neuen Anfang (?!) sprechen", wobei sie natürlich auch auf die "lange Kette historischer Erinnerungen" hinwies. Bemerkenswert ist vor allem, daß die gleichsam in Aussicht gestellte Neuauflage des berüchtigten "Ausgleichs" vor nahezu hundert Jahren, der heute zugleich die Bedeutung der Losreißung eines von der Kapitalsknechtschaft befreiten Landes aus dem sozialistischen Lager hätte, Hand in Hand geht mit Spekulationen über eine gegenseitige nationalistische Verhetzung Ungarns und Rumäniens, die insbesondere in einem Vortrag Kreiskys Anfang Juli 1964 in München zum Ausdruck kamen, sowie mit weitgespannten Expansionsplänen des westdeutschen Imperialismus.

"Der Begriff Mitteleuropa hat eine Renaissance erlebt", sagte Kreisky nach seinem Ungarn-Besuch im Oktober 1964. "Das ist ein historisch sehr gefühlsbetontes Wort", kommentierte die "AZ" vieldeutig und dunkel in ihrem Leitartikel vom 7.April 1965. Sie verriet dem Leser nicht, daß dieser Begriff von dem bedeutendsten Theoretiker des wilhelminischen Imperialismus, Friedrich Naumann, stammt, der eine in sich geschlossene Konzeption der Ausdehnung des Machtbereichs der deutschen Monopolkapitalisten über Österreich-Ungarn und den Balkan bis zum Mittleren Osten ausgearbeitet hatte, die anscheinend für Bonn abermals Aktualität gewinnt und bei der Österreich wiederum eine für unser Volk verhängnisvolle Rolle spielen soll. Obwohl der Redakteur des ungarischen Parteiorgans "Nepszabadsag" Peter Renyi im Dezember selbst zugeben mußte,

daß all diese sich rapide verengenden Kontakte zwischen dem kapitalistischen Österreich und dem sozialistischen Ungarn zum Ergebnis haben sollen, daß "gewisse politische Konzeptionen (des "Westens") ...in die sozialistischen Länder gelangen", machte sich Außenminister Janos P e t e r bei seinem Besuch in Wien im heurigen Frühjahr selber zum Fürsprecher derartiger Konzeptionen. In seinem Vortrag vor der "Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik" meinte er freudestrahlend, die Begriffe "Donauraum" und "Mitteleuropa" würden "für die Zukunft eine erstaunliche Renaissance" erleben. Wenn Peter dabei erklärte, es sei "an der Zeit, den Begriff Mitteleuropa von der historischen Hypothek alldeutscher Machtpolitik zu lösen", und Worte fand, die an sein eigenes, wenige Monate vorher in Paris abgelegtes Bekenntnis zur "Europa-Vision" d e G a u l l e s anspielten und er Österreichs "echte mitteleuropäische B r ü c k e n f u n k t i o n zwischen West und Ost" in diesem Sinne verstanden wissen wollte, so zeigt das anschaulich, in welches Knäuel unabsehbarer außenpolitischer Verwicklungen und tödlicher Gefahren für unser Volk die "aktive Ostpolitik" der österreichischen Bourgeoisie mitsamt ihren sozialdemokratischen und revisionistischen Trabanten Österreich verstrickt!

Es fehlt uns hier der Platz, auf diese düsteren Perspektiven ausführlich einzugehen. Wir können nur schlaglichtartig einige der sich schon jetzt am Horizont abzeichnenden e r n s t e n G e f a h r e n beleuchten.

Der westdeutsche Imperialismus schickt sich an, Österreich neuerlich - wie einst unter Wilhelm und Franz-Josef (ein "Anschluß" à la Hitler ist heute weniger aktuell) - als Vorreiter auf seinem abermals geplanten "Ritt gen Ostland" einzuspannen. Eine betont nationalistische Zeitschrift Westdeutschlands, deren Äußerungen gerade deswegen besondere Aufmerksamkeit verdienen, weil sie es versteht, die imperialistischen Raubtierkrallen unter Samtpfötchen zu verbergen, rät dazu, Österreich "an jene Aufgaben heranzuführen, die eigentlich... bleibendes Anliegen österreichischer Außenpolitik sein müssen, solange diese den Beinamen 'österreichisch' überhaupt verdient"(!), nämlich an "seine n e u e M i s s i o n , die in Wirklichkeit nur die zeitgemäße N e u a u f l a g e e i n e r u r a l t e n M i s s i o n Ö s t e r r e i c h s im Donauraum und in Richtung Osten ist..." ("Neue Politik",24.4.65). Österreich wird dabei als vorläufige Gangart die "weiche Welle" empfohlen, zu der ja - neben vielem anderem - ebenso die Ernennung Kardinal K ö n i g s zum Sonderbeauftragten des Papstes für die "Ungläubigen", die "Fernseh-Stadtgespräche", die Salzburger "Gespräche zwischen Christen und Marxisten" und ähnliche Mittel und Wege zur ideologischen Zersetzung der sozialistischen Nachbarländer, bei der die Revisionisten natürlich eifrig mittun, wie auch eine weitgespannte wirtschaftliche "Kooperation" gehören - wie z.Bsp. eine Zusammenarbeit der verstaatlichten Industrie Österreichs mit Ungarn auf dem Chemie-, Kraftwerk- und Stahlbausektor ("Presse" vom 3.11.1964), was schließlich eine "wirtschaftliche Einigung Europas bis zum Schwarzen Meer" (Bobleter) ergeben soll.

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

Spiel mit dem Feuer

<u>Während aber einerseits von Österreich aus mit Sirenenklängen um die sozialistischen Länder Osteuropas geworben wird, ertönen gleichzeitig von Westdeutschland her die Kriegsfanfaren. Und zwar nach e i n u n d d e r s e l b e n M e l o d i e !</u> Denn bei der Kundgebung der westdeutschen "Vertriebenenverbände" aus Anlaß des 20. Jahrestages der Kapitulation Hitlerdeutschlands (Nürnberg, 3./4.Mai 1965) war g l e i c h f a l l s von "aktiver Ostpolitik" die Rede. Wie der berüchtigte Vorsitzende der CSU, Franz-Josef S t r a u ß , auf diesem "Jubiläumstreffen", das Grußbotschaften von E r h a r d und A d e n a u e r erhielt, ausrief, müsse man nämlich "für die Freiheit" der DDR und der anderen sozialistischen Länder Osteuropas " k ä m p f e n ". Letzten Endes führt also unvermeidlich auch die "weiche Welle" zu einer Kriegsgefahr in Mitteleuropa, und zwar umso sicherer, als die Revisionisten hüben und drüben dabei mittun! Denn die Völker Osteuropas werden sich ihre nationale und soziale Freiheit nicht nehmen lassen. Zur selben Zeit, als der Minister der verräterischen Nagy-Regierung Istvan B i b ó , der 1956 einen "dritten Weg für Ungarn und den Donauraum" propagiert hatte, rehabilitiert wurde, ist ein Marxist-Leninist und Stalinpreisträger in Ungarn wegen antirevisionistischer Propaganda zu 3 Jahren Kerker verurteilt worden; in derselben Nummer der "Volksstimme" (18.12.1964), in der berichtet wurde, daß sich das ungarische Parteiorgan "Nepszabadsag" gegen "Leute, die Bedenken hegen", daß die politische Annäherung an das kapitalistische Österreich die ungarische Volksdemokratie in Gefahr bringt, wendet, steht die Meldung von der Aufdeckung einer monarchistischen Verschwörung unter Führung eines ehemaligen Horthy-Abgeordneten in Ungarn; und während Ungarn ein Konkordat mit dem Vatikan abschließt, bestehen die USA auf dem Weiterverbleib des erklärten Habsburg-Anhängers Mindszenthy in Budapest unter dem Schutz der amerikanischen Gesandtschaft. Die Widersprüche existieren eben und werden durch die "aktive Ostpolitik" Österreichs, durch die Wiederaufnahme seiner verderblichen "Mission" nur noch verschärft.

Gleichzeitig verwickeln die Machthaber Österreichs (mit Zustimmung der Revisionisten) unser Land in die sich verschärfenden W i d e r s p r ü c h e d e r I m p e r i a l i s t e n u n t e r e i n a n d e r : Während die Bonner Monopolkapitalisten Österreich in ihre Revanchekriegspläne einbeziehen wollen und eben zu diesem Zweck ihre n e o n a z i s t i s c h e Agentur mit aller Macht aktivieren, verknüpft man in Österreich, wie die "Presse" (27.4.1965) meldet, die "aktive Ostpolitik" mit der gaullistischen Konzeption eines "Europas bis zum Ural". Und damit trifft man sich mit Tito-Jugoslawien, wo "das französische Europakonzept...positiv eingeschätzt" wird ("Presse" vom 27./28.März 1965), und auch mit dem heute revisionistisch geführten Ungarn, dessen Außenminister Peter in seinem erwähnten Wiener Vortrag seine Vision einer "schöpferischen internationalen Zusammenarbeit und Freundschaft" im Donauraum als "ein Beispiel für eine neue Etappe europäischer Bemühungen...zur Wiederzusammenführung der getrennten Europäer" bezeichnete, die auf dem "Weg zu einem größeren 'Eu-

ropa der Europäer"' (eine Formel de Gaulles, die Peter hier zitiert) läge. Peter brachte dieses Donauraum-Konzept ausdrücklich in Gegensatz zu den von ihm "gefährlich" genannten Plänen der "Wiederherstellung einer deutschen Einheit". Er schloß sich damit jenen - in New York wie in London, in Paris wie in Moskau ansäßigen - "Strategen" an, die jede deutsche Einheit ablehnen und Österreich in klassisch imperialistischer Manier als ein "Gegengewicht" gegen Deutschland ausnützen wollen - keineswegs zum Nutzen des österreichischen Volkes, wohl aber zur Gefährdung seiner Sicherheit. Diese Konzeption wurde von dem 1959 verstorbenen ehemaligen Dollfuß-Politiker E.K. Winter (dessen Sohn kürzlich zum Leiter der Österreichischen Diplomatischen Akademie ernannt wurde) so formuliert:

"Die Donauvölker, einschließlich Österreichs, haben im Grunde kein Interesse an einer 'Wiedervereinigung' der beiden deutschen Staaten, solange es zu keiner regionalen Verbindung auch der Donaustaaten als mitteleuropäischem Gegengewicht einem wiedervereinigten Deutschland gegenüber...kommt."

★

Die "Regungen" in der österreichischen Außenpolitik sind somit höchst besorgniserregend: einerseits sollen wir, von den Imperialisten der USA und Westdeutschlands angestiftet, zur Vorhut bei den Bestrebungen zur Rückverwandlung der sozialistischen Länder Osteuropas in kapitalistische Staaten gemacht werden, andererseits werden wir in den sich anbahnenden Gegensatz zwischen den rivalisierenden imperialistischen Gruppierungen Europas hineingezogen, der den Keim eines zukünftigen europäischen Krieges in sich trägt! - Muß man da noch auf das Problem Otto Habsburgs hinweisen, dessen "Heimkehr" nunmehr, nach dem Moratorium der Bundespräsidentenwahlen (das beide Regierungsparteien auf seinen Wunsch hin getreulich eingehalten haben) wohl kaum allzulange auf sich warten lassen wird und dem bei allen diesen Dingen zweifellos eine Rolle zugedacht ist? (Doch dieses Thema muß einer anderen Untersuchung vorbehalten bleiben.)

Eines ist jedenfalls klar: Je mehr jetzt von der "Mission" Österreichs im Donauraum und in Europa gesprochen wird, desto wachsamer müssen die klassenbewußten Arbeiter sein, damit wir nicht wieder einmal unversehens in ein blutiges Abenteuer hineinschlittern, das diesmal in seinen Folgen alle bisherigen Katastrophen für unser Land übertreffen könnte!

K.W.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101